

Nr. 20/329 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

1. Überwachung des ruhenden Verkehrs: Wie werden Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in Bremen gesichert?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 16. September 2021
(Drucksache 20/503 S)

Nr. 20/330 S

Einsetzung eines Ausschusses für die nachhaltige Umsetzung und Kontrolle von Klimaschutzmaßnahmen und Zusammenlegung der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz mit der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zu einer städtischen Deputation für Mobilität, Bau, Umwelt, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Tierschutz

Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. März 2022
(Drucksache [20/679 S](#))

Der Antrag ist vom Antragssteller zurückgezogen.

Nr. 20/331 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 29. März 2022
(Drucksache [20/687 S](#))

Die Stadtbürgerschaft wählt Frau Sara Dahnken anstelle von Frau Tina Poort zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen.

2. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2021

Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/691 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

3. Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick Elektroroller (sogenannte E-Mopeds) durch das Ordnungsamts Bremen als nach § 47 Absatz 2 Bremisches Landesstraßengesetz (BremLStrG) für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 BremLStrG zuständige Ortpolizeibehörde

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/697 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme zu.

4. Anpassung der Aufwandsentschädigung der nicht der Bürgerschaft (Landtag) angehörenden Mitglieder der Stadtbürgerschaft

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 26. April 2022
(Drucksache [20/699 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 20/332 S

Fragestunde

1. Was tut der Senat gegen die City-Verschmutzung durch Tauben?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. März 2022
2. Gibt es in Bremen genügend Trinkwassernotbrunnen?
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BiW) vom 23. März 2022
3. Grünpflegebudgets im Zeichen der Klimaanpassung
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. März 2022
4. Wie zuverlässig und bedarfsgerecht ist die Humanitäre Sprechstunde?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. März 2022
5. Grundschule in der Gartenstadt Werdersee
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 24. März 2022
6. Wie kann der aktuelle Nutzungskonflikt von Rad- und Fußverkehr in der H.-H.- Meier-Allee entschärft werden?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 25. März 2022
7. Negative Antwortmöglichkeiten beim Erlebnisraum Martinstraße unerwünscht?
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 28. März 2022
8. Aktueller Planungsstand der Unisportstätten
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. März 2022

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis

9. Stromsperrungen bei öffentlichen Liegenschaften der Stadt Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 1. April 2022

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/333 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Sozialsenatorin muss sichere und menschenwürdige Flüchtlingsunterbringung sicherstellen".

Nr. 20/334 S

Nachhaltige und konfliktfreie Fußgängerinfrastruktur – Entwicklung, Zustand und Barrierefreiheit der Fußwegeinfrastruktur in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/648 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. März 2022
(Drucksache [20/672 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/335 S

Neues Gewerbeentwicklungsprogramm endlich vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. März 2022
(Drucksache [20/683 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/336 S

Mehrweggebot für Veranstaltungen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 4. April 2022
(Drucksache [20/690 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/702 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag mit Änderung wie folgt zu.

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zunächst die kurzfristige Umsetzung eines Mehrweggebots für Veranstaltungen als Auflagen bei marktrechtlichen Festsetzungen und straßenrechtlichen Sondernutzungserlaubnisse nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz vorzunehmen. Diese sollen folgendermaßen ausgestaltet werden:
 - Ab dem 1. März 2023 sollen zunächst Getränke ausschließlich in pfandpflichtigen, wiederverwendbaren Gefäßen, Packungen und Behältnissen (zum Beispiel Mehrwegkunststoff, Porzellan, Keramik, Glas und so weiter) ausgegeben werden. Dies schließt ein Mehrweggebot für das Getränkeangebot ein, das heißt Getränke sollen ausschließlich aus Behältnissen ausgedient werden, die den genannten Kriterien entsprechen.
 - Ab dem 1. März 2024 sollen dann auch Speisen ausschließlich in solchen Gefäßen, Packungen und Behältnissen und mit wieder verwendbarem Besteck (Mehrwegbesteck) ausgegeben werden.
 - Existierende Mehrwegsysteme, die ohne Pfand funktionieren, sind von der Pfandpflicht ausgenommen. Weitere Ausnahmen von den Regelungen des Mehrweggebots können nur in besonderen Einzelfällen zugelassen werden. Dazu zählen Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Mögliche Ausnahmekriterien sind in einer Richtlinie festzulegen.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die sachlichen Vorgaben unter Beschlusspunkt 1 auch in einer Novelle des Ortsgesetzes über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen (Abfallortsgesetz) aufzunehmen, sodass sämtliche Veranstaltungen und Märkte, die auf Grundstücken oder in Einrichtungen der Stadt durchgeführt und/oder von der Stadt veranstaltet oder finanziell gefördert werden, vom Mehrweggebot erfasst werden.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Einführung eines kommunalen Mehrwegsystems und damit eines öffentlichen Leihangebots zu prüfen. Dabei sind die einschlägigen öffentlichen Unternehmen einzubinden, ihre Erfahrungen und Bedürfnisse zu berücksichtigen und eventuelle Kooperationsmöglichkeiten zu eruieren.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, mit privaten Unternehmen, die nicht auf städtischen Grundstücken, in städtischen Einrichtungen oder mit finanzieller Förderung der Stadt Veranstaltungen in Bremen durchführen, Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, freiwillige Vereinbarungen zur Einführung von Mehrwegsystemen zu treffen; auch hier sind finanzielle Anreizmöglichkeiten zu prüfen.
5. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, Gespräche mit dem Magistrat Bremerhaven zu suchen, um die Möglichkeit eines analogen Ortsgesetzes für die Kommune Bremerhaven zu erörtern.
6. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass eine einfache und verbraucherfreundliche Rückgabe von Mehrwegbechern und Mehrwegessensverpackungen durch deutschlandweite Pfandsysteme gefördert wird.
7. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie und der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 20/337 S

Eine Hall of Fame für Bremen! Öffentliche Graffiti-Flächen und -Wände bereitstellen und Map of Fame erstellen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. April 2022
(Drucksache [20/693 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, öffentliche Flächen im Einvernehmen mit den Beiräten an Straßenbrücken, öffentlichen Gebäudewänden, Industriebrachen etc. als Halls of Fame bereitzustellen; hierbei sollen sowohl permanente als auch temporäre Flächen berücksichtigt und benannt werden.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, eine Map of Fame mit allen öffentlichen und privaten legalen Graffiti-Flächen in Bremen zu erstellen und im Netz zu veröffentlichen.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in Absprache mit dem Deichverband, den Beiräten und den Anwohner:innen zu prüfen, ob die Beton-Ufermauern an der Schlachte und in der Überseestadt für eine künstlerische Gestaltung mit Graffiti geeignet sind.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, gemeinsam mit den Trägern der offenen Jugendarbeit, der Jugendförderung und der stadtzentralen Angebote zu erörtern, wie Graffiti als Jugendkultur auch in den Angeboten der Jugendhilfe gefördert werden kann.
5. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ergänzend für einige Flächen, die nicht als freie Hall of Fame in Frage kommen, ein geeignetes Förderungsformat zu entwickeln, das die Bewerbung mit Motivvorschlägen durch eine fachkundige Jury nach künstlerischen Standards bewertet und dann gegebenenfalls in Kooperation mit den Eigentümer:innen entscheidet.
6. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, der Stadtbürgerschaft binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Nr. 20/338 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verfahrensstand des Projekts „Campus Nord“ auf dem ehemaligen BWK-Gelände

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/645 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/658 S](#))
2. Festlegung der Grundsteuerreform für Immobilien- und Grundstückseigentümer als Chance für klimaneutrale Politik nutzen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BiW)
vom 16. Februar 2022
(Drucksache [20/668 S](#))

3. Stand und Zukunft der Ausbildung bei der Bremer Feuerwehr
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 2022
(Drucksache [20/656 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache [20/676 S](#))
4. Personalausweise für Obdach- und Wohnungslose gebührenfrei ermöglichen!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/670 S](#))
5. Vertretungspersonal an Bremer Schulen weiterhin flexibel aber unter effektiver Finanzkontrolle einsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/675 S](#))
6. Ersatz für umgestürzte Bäume in Parks und öffentlichen Grünflächen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2022
(Drucksache [20/678 S](#))
7. Kitaplätze in Gefahr: Werden die Träger frühkindlicher Bildungseinrichtungen in Bremen ungleich behandelt und verliert Bremen als Standort damit an Attraktivität?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. März 2022
(Drucksache [20/682 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/698 S](#))
8. Bebauung Grundstücke in Beneckendorffallee
Petition S 19/361
Mitteilung des Senats vom 29. März 2022
(Drucksache [20/686 S](#))
9. Das Hörmal – Koloniale Spuren in Bremen durch digitale Hörstücke einordnen, sichtbar machen und informieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/696 S](#))
10. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 27
vom 9. Mai 2022
(Neufassung der Drs. [20/700 S](#) vom 6. Mai 2022)
(Drucksache [20/701 S](#))